

## PRESSEKONFERENZ

### Donnerstag, 7. Mai 2009

## EINLEITENDE BEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Vizepräsident und ich freuen uns sehr, Sie zu dieser Pressekonferenz begrüßen zu dürfen. Wir werden Sie nun über die Ergebnisse der heutigen Sitzung des EZB-Rats informieren, an der auch Kommissar Almunia teilgenommen hat.

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat heute beschlossen, den **Zinssatz** für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems um weitere 25 Basispunkte auf 1,00 % zu senken und den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 50 Basispunkte auf 1,75 % zu verringern. Der Zinssatz für die Einlagefazilität wird unverändert bei 0,25 % belassen. Damit wurde der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems seit dem 8. Oktober 2008 um insgesamt 325 Basispunkte herabgesetzt.

Das aktuelle Leitzinsniveau der EZB ist unter Berücksichtigung aller verfügbaren Daten und Analysen angemessen. Neben den Zinssenkungen beschloss der EZB-Rat heute, seinen Ansatz zur Unterstützung der Kreditvergabe weiterzuverfolgen. Im Sinne der Kontinuität und Konsistenz der seit Oktober 2008 durchgeführten Geschäfte und in Anerkennung der herausragenden Rolle, die das Bankensystem bei der Finanzierung der Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets einnimmt, werden wir liquiditätszuführende längerfristige Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von 12 Monaten durchführen. Die Geschäfte werden als Mengentender mit vollständiger Zuteilung abgewickelt. Der Zinssatz für das erste dieser Geschäfte wird dem dann geltenden Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte entsprechen; er wird am 23. Juni 2009 bekanntgegeben. Die Zinssätze für die nachfolgenden Geschäfte werden in

Abhängigkeit von der jeweils aktuellen Lage möglicherweise einen Aufschlag auf den entsprechenden Satz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte enthalten.

Der EZB-Rat hat grundsätzlich beschlossen, dass das Eurosystem auf Euro lautende gedeckte Schuldverschreibungen, die im Euro-Währungsgebiet begeben wurden, ankaufen wird. Die genauen Modalitäten werden nach der Sitzung des EZB-Rats am 4. Juni 2009 bekanntgegeben.

Darüber hinaus hat der EZB-Rat beschlossen, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) mit Wirkung vom 8. Juli 2009 als Geschäftspartner für geldpolitische Geschäfte des Eurosystems zugelassen wird; für die EIB werden die gleichen Bedingungen gelten wie für die übrigen Geschäftspartner.

Diese Beschlüsse wurden getroffen, um den anhaltenden Rückgang der längerfristigen Geldmarktsätze zu fördern, die Banken zu ermutigen, ihre Kreditvergabe an Kunden aufrecht zu erhalten oder sogar auszuweiten, die Marktliquidität in wichtigen Segmenten des Marktes für private Anleihen zu verbessern und die Finanzierungsbedingungen für Banken und Unternehmen zu lockern.

Die heute gefassten Beschlüsse tragen der Erwartung Rechnung, dass die Preisentwicklung aufgrund des vergangenen kräftigen Rückgangs der Rohstoffpreise und der spürbaren Konjunkturabschwächung im Euro-Währungsgebiet sowie weltweit weiterhin gedämpft bleiben wird. Die jüngsten Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse lassen erste Anzeichen einer Stabilisierung auf sehr niedrigen Niveau erkennen, nachdem das erste Quartal deutlich schwächer ausgefallen war als erwartet. Die Wirtschaft befindet sich weltweit und auch im Euroraum noch immer in einem schwerwiegenden Abschwung, und sowohl die Auslands- als auch die Inlandsnachfrage dürften 2009 sehr schwach bleiben, bevor sie sich im Verlauf des nächsten Jahres allmählich erholen. Dieser Einschätzung liegt eine Reihe ungünstiger Entwicklungen zugrunde, die in den kommenden Monaten zum Tragen kommen dürften, zum Beispiel eine weitere Eintrübung der Arbeitsmarktlage. Gleichzeitig bleiben die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die Ergebnisse der monetären Analyse bestätigen, dass der Inflationsdruck nachgelassen hat, da sich das

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

Geldmengen- und Kreditwachstum in den letzten Monaten weiter verlangsamte. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gehen wir nach dem heutigen Beschluss davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum stützen wird.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der **wirtschaftlichen Analyse** zu beginnen. Infolge der Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen schwächte sich die Konjunktur im Euro-Währungsgebiet im Verlauf des ersten Quartals 2009 im Einklang mit dem anhaltenden weltwirtschaftlichen Abschwung weiter ab. Diese im ersten Jahresviertel verzeichnete Abschwächung scheint viel stärker ausgefallen zu sein als noch im März vorausgesagt. Zuletzt waren in Umfragedaten erste Anzeichen einer Stabilisierung zu erkennen, wenngleich auf sehr niedrigem Niveau. Insgesamt dürfte die Konjunktur im weiteren Jahresverlauf sehr schwach sein, bevor sie sich im Jahr 2010 allmählich erholt. Insbesondere stützen die seit Sommer 2008 stark gefallen Rohstoffpreise das real verfügbare Einkommen und damit den Konsum. Darüber hinaus dürften die Auslands- und Binnennachfrage zunehmend von den aktuellen umfangreichen Konjunkturprogrammen sowie von den bisher ergriffenen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Finanzsystems innerhalb wie auch außerhalb des Eurogebiets profitieren.

Unter Berücksichtigung all dieser Maßnahmen und ihrer Effekte, des deutlich negativen Wirtschaftswachstums im ersten Quartal des laufenden Jahres und der jüngsten Prognosen öffentlicher Institutionen sind die Risiken für diesen Wirtschaftsausblick nach wie vor weitgehend ausgewogen. Abwärtsrisiken ergeben sich aus Bedenken, dass die Finanzmarkturbulenzen die Realwirtschaft stärker beeinflussen könnten, die Protektionismusbestrebungen möglicherweise weiter zunehmen und es in der Weltwirtschaft aufgrund einer ungeordneten Korrektur globaler Ungleichgewichte zu ungünstigen Entwicklungen kommen könnte. Andererseits könnten sich der Rückgang der Rohstoffpreise und die von der Politik eingeleiteten Maßnahmen positiver auswirken als erwartet.

Die jährliche Teuerungsrate nach dem HVPI lag der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im April bei 0,6 % und blieb somit gegenüber März unverändert. Wie bereits bei vorherigen Anlässen erläutert, ist der Rückgang der Inflationsrate seit Sommer letzten Jahres hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass die Weltmarktpreise für Rohstoffe in  
Übersetzung: Deutsche Bundesbank

diesem Zeitraum erheblich gesunken sind. Außerdem gibt es vermehrt Anzeichen einer breiter angelegten Abnahme des Inflationsdrucks. Was die nähere Zukunft betrifft, so wird die kürzerfristige Dynamik des HVPI maßgeblich von Basiseffekten beeinflusst werden, die aus der früheren Entwicklung der Energiepreise herrühren. Dementsprechend gehen wir davon aus, dass die jährlichen Gesamtinflationen weiter zurückgehen und etwa zur Jahresmitte einige Monate negativ sein werden. Anschließend dürften die jährlichen Teuerungsraten wieder ansteigen. Aus geldpolitischer Sicht sind solche kurzfristigen Bewegungen jedoch irrelevant. Längerfristig betrachtet dürfte die HVPI-Inflation im Jahr 2010 positiv und unter 2 % bleiben, wobei die Preisentwicklung durch eine weiterhin verhaltene Nachfrage im Eurogebiet und in der übrigen Welt gedämpft werden dürfte. Die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen sind weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die Risiken in Bezug auf diese Aussichten sind weitgehend ausgewogen und beziehen sich insbesondere auf die Konjunkturaussichten und die Entwicklung der Rohstoffpreise.

Was die **monetäre Analyse** betrifft, so bestätigen die jüngsten Daten die anhaltende Abschwächung der Grunddynamik des Geldmengenwachstums. So haben sich beispielsweise die Jahreswachstumsraten der Geldmenge M3 und der Buchkredite an den privaten Sektor weiter auf 5,1 % bzw. 3,2 % verringert. Diese Verlangsamung stützt die Einschätzung, dass der Inflationsdruck auf mittlere Sicht abnimmt.

Die monatliche Entwicklung von M3 und seinen Komponenten ist nach wie vor Schwankungen unterworfen, und die Daten für März weisen auf einen Rückgang bei den meisten jeweils ausstehenden Beträgen hin. Darin spiegelt sich vermutlich teilweise die Reaktion der Anleger auf die vorangegangenen Senkungen der EZB-Leitzinsen wider. Durch die Leitzinssenkungen verringerten sich die Zinssätze für kurzfristige Einlagen und marktfähige Finanzinstrumente, und es kam zu entsprechenden Umschichtungen bei der Mittelallokation sowohl innerhalb von M3 als auch hin zu Finanzinstrumenten außerhalb dieser Geldmenge.

Die ausstehenden MFI-Buchkredite an den privaten Sektor gingen im März weiter zurück, was hauptsächlich auf die negative Kreditvergabe an nichtfinanzielle

Übersetzung: Deutsche Bundesbank

Kapitalgesellschaften zurückzuführen war. Die verhaltenere Kreditgewährung ist erneut überwiegend auf die Buchkredite mit kürzeren Laufzeiten zurückzuführen, während die Vergabe von Buchkrediten mit längeren Laufzeiten per saldo positiv blieb. Die rückläufige Vergabe kurzfristiger Darlehen dürfte weitgehend die im Zuge der drastischen Verschlechterung von Konjunktur und Geschäftsperspektiven zu Jahresbeginn gesunkene Nachfrage widerspiegeln. Die Verzinsung kurzfristiger und variabel verzinslicher Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften ist in den letzten Monaten erheblich gesunken, was darauf hindeutet, dass sich die Übertragung geldpolitischer Impulse auf die Wirtschaft fortsetzt. Insgesamt stützen die jüngsten Daten zur Geldmenge und zum Kreditgeschäft die Einschätzung, dass sowohl die Banken als auch der geldhaltende Sektor ihre in den vergangenen Jahren aufgebauten hohen Anteile an Fremdkapital reduzieren.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die heutigen Beschlüsse des EZB-Rats der Erwartung Rechnung tragen, dass die Preisentwicklung aufgrund des in der Vergangenheit beobachteten starken Rückgangs der Rohstoffpreise und der spürbaren Konjunkturabschwächung sowohl im Euro-Währungsgebiet als auch weltweit weiterhin gedämpft bleiben wird. Die jüngsten Wirtschaftsdaten und Umfrageergebnisse lassen erste Anzeichen einer Stabilisierung auf sehr niedrigem Niveau erkennen, nachdem das erste Quartal wesentlich schwächer ausgefallen war als erwartet. Die Wirtschaft befindet sich weltweit und auch im Euroraum nach wie vor in einem schwerwiegenden Abschwung, und sowohl die Auslands- als auch die Inlandsnachfrage dürften 2009 sehr schwach bleiben, bevor sie sich im Verlauf des nächsten Jahres allmählich erholen. Dieser Einschätzung liegen mehrere ungünstige Entwicklungen zugrunde, die in den kommenden Monaten zum Tragen kommen dürften, zum Beispiel eine weitere Eintrübung der Arbeitsmarktlage. Gleichzeitig sind die verfügbaren Indikatoren für die mittel- bis längerfristigen Inflationserwartungen weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel des EZB-Rats im Einklang steht, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten. Die **Gegenprüfung** anhand der Ergebnisse der monetären Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck nachgelassen hat, da sich das Geldmengen- und Kreditwachstum in den letzten Monaten weiter verlangsamte. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen gehen wir nach unserem heutigen Beschluss davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Frist gewährleistet bleibt und somit die Kaufkraft der privaten Haushalte im Euroraum gestützt wird.

Insgesamt hat das Eurosystem seit der Verschärfung der Finanzkrise im September 2008 eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die im Hinblick auf ihre Beschaffenheit, ihren Umfang und ihre zeitliche Abfolge beispiellos waren. Infolgedessen war ein deutlicher Rückgang der wichtigsten Geldmarktsätze zu beobachten. Letztere dienen den Banken des Eurogebiets üblicherweise als Richtwert, um die Zinsen für Kredite mit variabler Verzinsung und neue kurzfristige Kredite festzusetzen, weshalb die Zinssätze für die Vergabe derartiger Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften in der Folge stark zurückgingen. Da die Transmission der Geldpolitik mit einer zeitlichen Verzögerung erfolgt, werden unsere geldpolitischen Maßnahmen nach und nach in vollem Umfang auf die Wirtschaft durchschlagen. Mit allen bislang ergriffenen Maßnahmen hat die Geldpolitik also die privaten Haushalte und die Kapitalgesellschaften dauerhaft gestützt.

Der EZB-Rat wird dafür Sorge tragen, dass sich die Maßnahmen rasch beenden lassen und dass die bereitgestellte Liquidität abgeschöpft werden kann, sobald sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld wieder aufhellt, sodass auf mittlere bis längere Sicht jeglicher Gefahr für die Preisstabilität wirksam und rechtzeitig begegnet werden kann. Wie bereits mehrfach betont, wird der EZB-Rat weiterhin sicherstellen, dass die mittelfristigen Inflationserwartungen fest verankert bleiben. Diese Verankerung ist zur Stützung eines nachhaltigen Wachstums und der Beschäftigung unerlässlich und trägt zur Finanzstabilität bei. Dementsprechend werden wir auch in nächster Zeit alle Entwicklungen sehr genau verfolgen.

Was die **Finanzpolitik** betrifft, so deuten die jüngsten Projektionen für die Euro-Länder auf anhaltende Korrekturen der Schätzungen und Prognosen bezüglich der Haushaltssalden hin. Größere Haushaltsdefizite und die fiskalischen Auswirkungen der Maßnahmen zur Stützung des Finanzsektors werden zu deutlich höheren öffentlichen Schuldenquoten führen. Darüber hinaus ergibt sich aus aktualisierten Projektionen des EU-Ausschusses für Wirtschaftspolitik, dass die Bewältigung der von der Bevölkerungsalterung ausgehenden Haushaltsbelastung für die meisten Länder eine große Herausforderung darstellt. Deshalb ist ein klares und glaubwürdiges Bekenntnis der Länder zu einem Konsolidierungspfad mit dem Ziel, unter vollständiger Einhaltung der Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu soliden Staatsfinanzen zurückzukehren, von zentraler Bedeutung. Dadurch wird das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gewahrt und die Übersetzung: Deutsche Bundesbank

konjunkturelle Erholung wie auch das langfristige Wachstum gefördert. Die Glaubwürdigkeit der Verpflichtung zur Konsolidierung der Staatshaushalte wird erhöht, wenn diese Verpflichtung ein Bestandteil der mittelfristigen Politik der einzelnen Länder ist.

Im Hinblick auf die **Strukturpolitik** ist es entscheidend, dass man sich jetzt im Einklang mit dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft auf die Verstärkung der Anpassungsfähigkeit und Flexibilität der Wirtschaft des Eurogebiets konzentriert. Daher ist es erforderlich, Arbeitsmarktreformen beschleunigt umzusetzen, um eine angemessene Lohnsetzung sowie eine sektoren- und regionenübergreifende Mobilität der Arbeitskräfte zu erleichtern; Gleiches gilt für Reformen der Warenmärkte mit dem Ziel, den Wettbewerb zu fördern und die Restrukturierung voranzutreiben.

Wir sind nun gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Europäische Zentralbank**  
Direktion Kommunikation  
Abteilung Presse und Information  
Kaiserstraße 29, D-60311 Frankfurt am Main  
Tel.: +49 (69) 1344-8304 • Fax: +49 (69) 1344-7404  
Internet: [www.ecb.europa.eu](http://www.ecb.europa.eu)  
**Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.**